



Demokratische Integration in Deutschland

Die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt fördert das Monitoring Demokratische Integration 2.0. Dabei geht es um die Frage, wie stabil die demokratische Resilienz unseres Gemeinwesens auf regionaler Ebene ist. Welche strukturellen Einflüsse wirken auf das demokratische System, zu dem essentiell das den demokratischen Mix auszeichnende Zusammenwirken von Engagement, demokratischer Partizipation und Vertrauen in die Demokratie gehört. Mit dem Monitoring Demokratische Integration 2.0 wird ein zweites Mal untersucht, welche Strukturbedingungen von Regionen mit verantwortlich dafür sind, dass dieser Demokratiemix respektive die demokratische Resilienz unterstützt oder beeinträchtigt. Die Ergebnisse des Monitorings Demokratische Integration 2.0 werden für Herbst 2023 erwartet.

Aktuell liegen die Ergebnisse einer Vorstudie vor, die interessante Befunde zu Zusammenhängen aktueller Krisen, wie der Corona-Pandemie, des russischen Angriffskriegs, und der Inflation mit Demokratie und Engagement herausarbeitet. Sie diene im Rahmen des Monitorings Demokratische Integration 2.0 dazu, zu prüfen, ob die für das Monitoring herangezogenen Datengrundlagen aus dem Freiwilligen-Survey, Bundestagswahlen und anderen relevanten Datensätzen weiterhin geeignet sind.

In der durch das Institut für Demoskopie Allensbach im Dezember 2022 durchgeführten repräsentativen Bevölkerungsbefragung, die das Zentrum für die zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze) auch hinsichtlich der Fragestellung mitkonzipiert und beraten hat, wurde ein für die Zivilgesellschaft wichtiger Befund herausgearbeitet und bestätigt: Die Übernahme von Verantwortungsrollen im Engagement, ob im formalen Ehrenamt oder in anderer Weise, erscheint gerade in Krisenzeiten wie den heutigen besonders wichtig und geeignet, die für das Systemvertrauen so essentielle Erfahrung zu machen, die Geschehnisse unseres Gemeinwesens zumindest im Kleinen mitgestalten zu können. Systemvertrauen, Zustimmung zur Demokratie und das Gefühl der Selbstwirksamkeit sind bei denjenigen deutlich stärker ausgeprägt, die sich engagieren und wiederum dort bei jenen, die dies in Verantwortungsrollen tun – sei es in einem Ehrenamt, in Verantwortlichkeit für einen bestimmten Aufgabenbereich, sei es im Sportverein, in der Arbeit mit Geflüchteten, in Feuerwehr oder Kultur. Und die gute Nachricht der repräsentativen Bevölkerungsbefragung: Das Niveau des Engagements bleibt auch in Krisensituationen im Wesentlichen stabil.

Wie wirken sich die Krisenerfahrungen der zurückliegenden Jahre auf die Haltungen zur Demokratie in Deutschland aus? Das war eine der Kernfragen, die das Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) mit einer bevölkerungsrepräsentativen Befragung im Dezember 2022, gefördert durch die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) und in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze), untersuchte. Zusätzlich wurden verfügbare Umfragedaten aus anderen zeitgleichen Befragungen des IfD herangezogen. Die Studie schreibt die Ergebnisse einer ersten Vorstudie aus dem August 2021 zum Monitoring Demokratische Integration fort, in der vor allem die Auswirkungen der Corona Pandemie auf die Einstellungen zur Demokratie untersucht wurden.





Die aktuelle Untersuchung zeigt erhebliche **Sorgen der Bevölkerung, vorrangig wegen des russischen Angriffskriegs (85 Prozent) und wegen der erlebten Inflation (86 Prozent)**. Von Preissteigerungen sind zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger stark betroffen; 47 Prozent geben an, sich deshalb im Alltag stark einschränken zu müssen. Zugleich wird eine Zunahme von Problemen im Land gesehen. Noch häufiger als für die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr (75 Prozent) nehmen die **Menschen Defizite bei der Gesundheitsversorgung wahr, vorrangig durch einen Mangel an Pflegepersonal (94 Prozent)**. Besonders in ländlichen Regionen und in Ostdeutschland verstärkt sich auch die Wahrnehmung von Ärztemangel. Zunehmend besorgt sind die Menschen zudem über die große Zahl der Geflüchteten (57 Prozent).

Daneben gibt es jedoch auch Gewöhnungseffekte und eine Besinnung auf den **Wert der deutschen Demokratie**. Im internationalen Vergleich haben 66 Prozent den Eindruck, dass Deutschland sich gut behauptet. 57 Prozent begreifen die Krisen als Hinweis, dass Demokratie und Wohlstand nicht selbstverständlich sind. Trotz einer beständigen Besorgnis über die zunehmende Zahl der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland wächst auch der Stolz auf die Integrationsleistung, die inzwischen 47 Prozent als besondere Stärke Deutschlands begreifen (2018 erst 17 Prozent).

Vor diesem Hintergrund entwickelt sich die demokratische Integration uneinheitlich: Die **grundsätzliche Befürwortung der Demokratie nimmt gegenüber 2019 noch geringfügig zu**; 93 Prozent bewerten sie jetzt als gutes Regierungssystem. Auch die klare Abgrenzung gegenüber autoritären Staatsformen bleibt bestehen. Lediglich 5 Prozent der Bevölkerung fänden für Deutschland eine autoritäre Regierung besser als das aktuelle Regierungssystem, das kaum verändert 75 Prozent für bewährt erklären.

Zugleich zeigen sich aber bei Indikatoren für das Verhältnis zum konkreten politischen System in Deutschland signifikante Veränderungen. **So sind weniger Bürgerinnen und Bürger als noch 2019 vom (überwiegend) guten Funktionieren der Demokratie überzeugt** (62 gegenüber 68 Prozent). Und auch das Vertrauen zu den politisch Verantwortlichen nahm etwas ab: Voll und ganz oder eher vertrauen 53 Prozent der Bundesregierung (2019 noch 59 Prozent). Unverändert auf hohem Niveau sind Vorbehalte, Politikerinnen und Politiker kümmern sich nicht um die Bedürfnisse der „einfachen Bevölkerung“ (50 Prozent). Vorwürfe, selbst nicht genügend vom Staat berücksichtigt zu werden, nahmen in der Krise vor allem bei Personen mit niedrigem sozioökonomischen Status¹ zu (dort jetzt bei 45 Prozent, im Bevölkerungsdurchschnitt bei 26 Prozent).

Auch die demokratische Partizipation veränderte sich leicht. **Die 2021 gemessene Quote des Engagements in 13 möglichen Bereichen verringerte sich von 51 auf 45 Prozent der Bevölkerung**. Dabei schmolz überdurchschnittlich der Randbereich der Engagierten ohne Amt und ohne feste Aufgabe ab.

¹ Als Schichtindikator wird hier der sozioökonomische Status genutzt. Dieser wird über Berufstätigkeit, Einkommen, Bildung und den Berufskreis des Hauptverdieners im Haushalt bestimmt; dabei werden als Personen mit geringem Status die 22 Prozent abgegrenzt, die auf einer Skala anhand dieser Merkmale die niedrigsten Werte erreichen.





Problemwahrnehmungen und auch kritische Haltungen verstärkten sich besonders **in Ostdeutschland, wo sich die Krisenerfahrungen sichtlich stärker auf die Haltungen zur Demokratie auswirken als im Westen**. Generell fällt es Ostdeutschen, Personen mit niedrigem sozioökonomischem Status sowie Anhängerinnen und Anhängern der AfD (in West wie Ost) schwerer, sich zur konkreten Demokratie in Deutschland zu bekennen und Vertrauen zu Institutionen zu entwickeln als anderen. Dahinter stehen oft **Gefühle politischer Ohnmacht**. Im Durchschnitt der Bevölkerung haben 35 Prozent den Eindruck, machtlos zu sein und daran auch durch Engagement nichts ändern zu können (Personen mit niedrigem sozioökonomischem Status: 51 Prozent, Anhängerschaft der AfD: 65 Prozent). Häufiger als andere nutzen Unzufriedene soziale Netzwerke und ähnliche Internet-Quellen, um sich politisch zu informieren und mit Gleichdenkenden auszutauschen.

Solchen politischen Ohnmachtsgefühlen unterliegen weitaus seltener jene, die sich bei Wahlen oder im Rahmen des Engagements im Gemeinwesen beteiligen. Besonders **das freiwillige Engagement bildet damit ein wichtiges Angebot zur Integration der Bürgerinnen und Bürger in das demokratische Gemeinwesen**.

Fazit:

Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der deutschen Demokratie verringert sich unter dem Druck der aktuellen Krisenerfahrungen. Die Vorstellungen, persönlich zu wenig berücksichtigt zu werden und politisch nichts erreichen zu können, gewinnen etwas an Bedeutung. Solche Veränderungen vollziehen sich überdurchschnittlich häufig in bestimmten Regionen und in bestimmten Teilen der Bevölkerung. Durch diese Entwicklungen wird aber das weit überwiegende Einverständnis mit der Demokratie nicht im Kern berührt. Insbesondere die fast durchgehende Zustimmung zum demokratischen Prinzip nimmt angesichts der Umstände eher noch zu.

Die Studie bestätigt die deutlichen Zusammenhänge zwischen Wahlbeteiligung sowie Engagement und weiteren Indikatoren des Monitorings Demokratische Integration. An dem Konzept des Monitorings Demokratische Integration, das seinerzeit von Baldo Blinkert und Thomas Klie entwickelt wurde, kann weiter festgehalten werden: Die Einstellungen zur Demokratie haben sich zudem trotz der erheblichen Krisenerfahrungen nicht grundsätzlich verändert. Die schon 2021 erkennbaren Unterschiede zwischen unterschiedlichen Gruppen der Bevölkerung blieben stabil. So sind auch die für das Monitoring Demokratische Integration heranzuziehenden Datensätze wie der Freiwilligensurvey 2019 und die repräsentative Wahlstatistik zur Bundestagswahl 2021 weiterhin geeignet, um Auskunft über die demokratische Integration der Bevölkerung in unterschiedlichen Regionen der Bundesrepublik Deutschland zu geben.

Würde wieder deutlich, dass strukturelle Einflussfaktoren – wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Anzahl der Beziehungen von Grundsicherungsleistungen, Zusammensetzung der Bevölkerung, Siedlungsstrukturen, Kriminalität – auf die miteinander verwobenen Ausdrucksformen der Demokratie: Wahlbeteiligung, Engagement und Vertrauen in demokratische Regierungs- und Staatsformen – auf regionaler Ebene wirken, hieße das wie beim Monitoring Demokratische Integration 2019: Engagementförderung bedarf nicht nur Förderung von Engagierten, von Engagementstrukturen, sondern verlangt auch nach Strukturpolitik.

